

Fischer drohen der Bauernlobby

Den Bauern geht der Schutz von Bächen und Flüssen zu weit. Sie bestehen auf einer Lockerung. Die Fischer sehen sich um einen politischen Kompromiss betrogen und drohen mit dem Referendum. Nun entscheidet der Ständerat.

TOBIAS GAFAFER

BERN. Der Streit zwischen Fischern und Bauern um den Gewässerschutz ist heftig. So heftig, dass er bereits mehrere Jahre dauert. Darum geht es: 2011 trat das revidierte Gewässerschutzgesetz in Kraft. Demnach sollen 4000 Kilometer von 15000 Kilometern stark verbauten Gewässern in der Schweiz revitalisiert werden. Zudem soll eine Fläche von 20000 Hektaren entlang von Flüssen und Bächen als Schutzzone gegen Hochwasser und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen dienen. Die Bauern dürfen diese Gewässerräume nur schonend bewirtschaften, also etwa weniger Pestizide einsetzen. Im Gegenzug erhalten sie für Ertragsausfälle jährlich 20 Millionen Franken. Dafür zogen die Fischer 2010 ihre Volksinitiative «Lebendiges Wasser» zurück.

Bischofbergers Stichentscheid

Den Bauern und einigen Kantonen, darunter St.Gallen und Schaffhausen, aber geht die Umsetzung des Kompromisses zu weit. Mit einem langen Atem versucht deren Lobby, den Gewässerschutz aufzuweichen. Der jüngste Akt ging unlängst in der Umweltkommission des Ständerats über die Bühne: Mit Stichentscheid des Präsidenten Ivo Bischofberger (CVP/AL) nahm sie einen Vorstoss des Nationalrats und Bauernvertreters Leo



Bild: pd

Der Ausbau des Gewässerschutzes verärgert die Bauern.

Müller (CVP/LU) an. Er verlangt, dass die Kantone bei der Breite der Gewässerräume mehr Spielraum erhalten. Der Nationalrat stimmte dem Anliegen bereits zu. Der Ständerat verfolgte bis vor kurzem eine andere Linie: Er setzte auf von den Kantonen und vom Bund erarbeitete Merkblätter, die eine pragmatische Umsetzung des Gewässerschutzes ermöglichen sollen. Der Ständerat

entscheidet am Donnerstag über das brisante Geschäft. Die Fischer sind alarmiert. Sie sehen sich um den von ihnen eingegangenen Kompromiss betrogen. Ständerat Roberto Zanetti (SP/SO), Präsident des Fischerei-Verbandes, hofft zwar noch, dass das Plenum einlenkt. Doch er macht klar: «Wenn alle Stricke reißen, ist das Referendum gegen die Anpassung der Gesetz-

gebung eine Variante.» Das Parlament habe ein politisches Ehrenwort gegeben, weshalb die Fischer ihre Volksinitiative zurückzogen. Laut Zanetti geht es um eine staatspolitische Grundsatfrage: «Niemand würde nochmals eine Volksinitiative zurückziehen.» Im Fall eines Referendums rechnen sich die Fischer gute Chancen aus, zumal der Landschaftsschutz in letzter

Zeit zu einem grossen politischen Thema geworden ist. Rückendeckung erhalten die Fischer vom Bundesrat: «Eine Änderung der Gesetzesbestimmungen würde den 2009 erarbeiteten politischen Kompromiss unterlaufen», schreibt Doris Leuthard in der Antwort auf Müllers Vorstoss. Auch der Umweltverband WWF warnt, eine Abkehr vom Kompromiss würde gegen Treu und Glauben verstossen. Die Bauern wollten den Fünfer und das Weggli. Das heisst, die 20 Millionen für Ertragsausfälle und eine Schwächung der Gewässerräume. **Wertvolles Land gefährdet** Nationalrat Leo Müller sagt, die Entschädigung für die Bauern könnte bei einer Annahme des Vorstosses fairerweise reduziert werden. Doch er wehrt sich gegen die Kritik: «Es macht keinen Sinn, entlang der Gewässer stur zwei Striche durch die Landschaft zu ziehen und keine Rücksicht auf örtliche Gegebenheiten zu nehmen.» Damit seien 20000 Hektaren Fruchfolgeflächen nicht mehr nutzbar. Mit den Merkblättern zur Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes nutzten der Bund und die Kantone den Spielraum nicht aus. Das zuständige Bundesamt für Umwelt hat im bürgerlichen Lager grundsätzlich den Ruf, bei der Umsetzung von Gesetzen zu wenig pragmatisch vorzugehen.

Parlament für dauerhaften Ärztetop

BERN. Der provisorische Zulassungsstopp für Ärzte wird dauerhaft ins Gesetz geschrieben. Nach dem Nationalrat hat sich gestern auch der Ständerat für die Einschränkung ausgesprochen. Die Kantone können damit künftig die Zulassung von Ärztinnen und Ärzten von einem Bedürfnis abhängig machen, wobei der Bundesrat die Kriterien für den Bedürfnisnachweis festlegt. Mediziner, die mindestens drei Jahre an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte gearbeitet haben, benötigen keinen Bedürfnisnachweis. Das entspricht dem derzeit geltenden Recht. Der sogenannte Ärztetop war 2001 befristet eingeführt worden, um das Wachstum der Gesundheitskosten zu bremsen. Nach mehrmaliger Verlängerung wurde die Einschränkung Anfang 2012 aufgehoben, was zu einer massiven Zunahme von Spezialärzten führte. Das Parlament beschloss darum im Juli 2013, die Bedürfnisklausel wieder für drei Jahre einzuführen. Diese Regelung läuft Mitte 2016 aus. Als Anschlusslösung hat der Bundesrat vorgeschlagen, dass die Kantone die Zulassung neuer Leistungserbringer bei einer Überversorgung einschränken können. Diese Lösung hat nach dem Nationalrat nun auch der Ständerat abgelehnt. Stattdessen soll als eine Art Minimallösung das geltende Recht dauerhaft ins Gesetz geschrieben werden. (sda)

Beznau 1 geht frühestens Ende Juli wieder ans Netz

DÖTTINGEN. Der Block 1 des AKW Beznau geht nicht vor Ende Juli 2016 ans Netz. Das hat der Betreiber, der Energiekonzern Axpo, mitgeteilt. Im Reaktordruckbehälter wurden Materialfehler entdeckt. Der Block 2 soll wie geplant Ende Dezember hochgefahren werden. Der Block 1, der mit 46 Betriebsjahren älteste kommerzielle Reaktor der Welt, ist seit März vom Netz. Die Revision sollte ursprünglich vier Monate dauern. Unter anderem wurde der Deckel des Reaktordruckbehälters ausgetauscht. Bei der Untersuchung des Reaktordruckbehälters mit Ultraschall wurden jedoch 925 fehlerhafte Materialstellen festgestellt. Es handelt sich gemäss Axpo mit grosser

Wahrscheinlichkeit um kleinste Einschlüsse, die nach bisherigem Erkenntnisstand bei der Herstellung der geschmiedeten Ringe des Druckbehälters entstanden waren. Die Analysen führten wiederholt zu Verzögerungen. Zunächst sollte der Block 1 im Oktober wieder hochgefahren werden, danach wurde als neuer Termin Ende Februar 2016 genannt. Die Axpo rechnet nun damit, dass die Analysen und Nachweise so viel Zeit in Anspruch nehmen, dass mit der Genehmigung zum Wiederanfahren des Blocks 1 nicht vor Ende Juli 2016 gerechnet werden kann, wie es gestern an einem Mediengespräch hiess. Die Axpo entschied sich für weitere Messungen. (sda)

Temporäres Asylzentrum auf dem Thuner Waffenplatz

BERN. Der Bund richtet auf dem Thuner Waffenplatz ein temporäres Bundesasylzentrum ein. Schrittweise sollen bis zu 600 Plätze in zwei Hallen entstehen, in denen bisher Fahrzeuge untergebracht waren. Bereits am 18. Dezember wird die erste Halle mit rund 300 Plätzen in Betrieb genommen, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) gestern mitteilte. Bei Bedarf wird später auch die zweite Halle mit ebenso vielen Plätzen eröffnet. Für den Betrieb und die Sicherheit des Zentrums sind die privaten Firmen ORS AG und Securitas AG verantwortlich. Die beiden Hallen werden baulich vom übrigen Gelände abgetrennt, um die Sicherheit auf dem Waffenplatz zu gewährleisten.

ten. Das temporäre Bundesasylzentrum soll bis Ende Mai 2016 bestehen bleiben und dann geschlossen werden. Bereits vergangene Woche sickerte durch, dass der Bund auf dem Thuner Waffenplatz ein Asylzentrum einrichten möchte. Nun haben sich der Bund, der Kanton Bern und die Stadt Thun nach Angaben des SEM geeinigt. Der Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz äusserte sich vergangene Woche zurückhaltend zu den Plänen des Bundes: «Man kann sich schon fragen, ob sich ein Asylzentrum mit der militärischen Nutzung des Waffenplatzes kombinieren lässt.» Die Thuner Bevölkerung soll am 9. Dezember über das Zentrum informiert werden. (sda)

Anzeige

20% AUF ALLE
SÉLECTION PRODUKTE.

MIGROS
SÉLECTION

4.70 statt 5.90
Gesamtes Sélection Sortiment
(ohne Geschenkkörbe), 20% günstiger,
z.B. Brie de Meaux, 200 g

Viele dieser Angebote auch nach Hause geliefert durch LeShop.ch

Erhältlich in grösseren Migros-Filialen. Sélection Geschenkkörbe sind von der Aktion ausgenommen.
ANGEBOT GILT NUR VOM 1.12. BIS 14.12.2015, SOLANGE VORRAT

MIGROS
Ein M besser.